



# HESSISCHER LANDTAG

05. 11. 2021

WVA  
ULA

## Antrag

**Knut John (SPD), Tobias Eckert (SPD), Elke Barth (SPD),  
Stephan Grüger (SPD), Gernot Grumbach (SPD), Heike Hofmann (SPD),  
Heinz Lotz (SPD), Marius Weiß (SPD) und Fraktion**

**Flächenentsiegelung bedarf einer Förderung, Gemeinden bei der dauerhaften  
Entsiegelung brachliegender und befestigter Flächen gezielt unterstützen**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass der tägliche Flächenverbrauch pro Tag über der angesetzten Zielvorgabe der Bundesregierung liegt. Um diese Ziele nachhaltig erreichen zu können, müsste das Land Hessen seinen Flächenverbrauch bis 2030 auf 1 ha pro Tag reduzieren.
2. Der Landtag stellt fest, dass viele Gemeinden und Städte befestigte und brachliegende Flächen einer dauerhaften Entsiegelung zuführen könnten, es aber am Bewusstsein und den Kosten scheitert.
3. Der Landtag stellt fest, dass die Identifizierung brachliegender, ungenutzter versiegelter Flächen einer erhöhten Aufmerksamkeit bedarf. Durch eine Entsiegelungsförderung können Potenziale gehoben werden.
4. Der Landtag stellt fest, dass es das Ziel der Landesentwicklungsplanung sein muss, die Netto-Flächenversiegelung so niedrig wie möglich zu halten. Daher sollte neben einer sparsamen Neuversiegelung auch die Entsiegelung nicht mehr benötigter Siedlungs- und Verkehrsflächen eine wichtige Rolle spielen.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, ein Förderprogramm für Gemeinden und Grundstückseigentümer aufzulegen, mit dem Ziel, eine Entsiegelungsoffensive in Hessen voranzutreiben. Als Alternative zur Flächenentsiegelung soll die Ausstattung versiegelter Flächen mit regenerativen Energien in Betracht gezogen werden. Eine verbindliche Verankerung zur Reduzierung des Flächenfraßes und eine gleichzeitige Steigerung der Bereitschaft zur Flächenentsiegelung müssen im Landesentwicklungsplan (LEP) aufgenommen werden.

## Begründung:

Mit der Identifizierung und dem Rückbau von nicht mehr benötigten Flächen kann die Versickerung von mehr Regen ermöglicht werden, das Kleinklima verbessert und somit dem Klimawandel entgegenwirkt werden. Viele Gemeinden und Städte aber auch viele Hauseigentümer haben in ihrem Bestand versiegelte Flächen, die nicht mehr genutzt oder einer anderen Nutzung zugeführt wurden. Der Bedarf, Grundstücke von Betonflächen und Steinen zu befreien, ist nicht unerheblich, aber die Kosten sind intensiv. Vereinzelt gibt es in Deutschland regionale Förderprogramme der Flächenentsiegelung.

Die Bundesregierung hat im Rahmen der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie von 2002 das Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2020 die Neuinanspruchnahme von Flächen für Siedlung und Verkehr auf 30 ha pro Tag zu verringern und die Innenentwicklung der Städte gegenüber der Außenentwicklung deutlich zu stärken. Weil dieses Ziel auf lange Sicht nicht erreicht werden konnte, hat die Bundesregierung 2016 dieses auf das Jahr 2030 verschoben. Deshalb sind auch landesgesetzliche Initiativen erforderlich, um die angestrebten Nachhaltigkeitsziele zu erreichen.

Die Hessische Nachhaltigkeitsstrategie sah einen Zielwert von 2,5 ha pro Tag vor. Um das bundesweite Ziel bis 2030 erreichen zu können, müsste der Wert jedoch auf 1 ha pro Tag reduziert werden, um den hessischen Anteil am Flächenverbrauch tatsächlich Rechnung tragen zu können

Wiesbaden, 5. November 2021

Die Fraktionsvorsitzende:  
**Nancy Faeser**

**Knut John**  
**Tobias Eckert**  
**Elke Barth**  
**Stephan Grüger**  
**Gernot Grumbach**  
**Heike Hofmann**  
**Heinz Lotz**  
**Marius Weiß**